

# Die Gewerkschaft.

Organ für die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

Verlag Expedition und Redaktion:  
Berlin W. 57, Bülowstr. 21.  
— Telephone: Amt 9, Nr. 6488. —  
Die Gewerkschaft erscheint alle 14 Tage Freitags.  
Redaktionschluss:  
7 Tage vor dem Erscheinen.

Motto:  
Staats- und Gemeinde-Betriebe  
sollen Mutterinstitute sein.

Bezugspreis:  
Durch die Post (Zeitungsspreisl. Nr. 3028) ohne Bestellgeld  
0,50 M. vierteljährlich, unter Streifenband 1,00 M. Einzel-  
nummer 0,25 M.  
Anzeigen:  
Die dreispaltige Zeitsp. 30 Pfg.; bei Wiederholung billiger  
für die Organisationen der Gemeinde- und Staatsarbeiter 15 Pfg.

Nr. 2.

Berlin, den 24. Januar 1902.

6. Jahrg.

Die Geschäftsstelle der „Gewerkschaft“ und das Verbands-Bureau befindet sich jetzt:

— Berlin W. 57, Bülowstraße 21, Hof part. —

Telephone: Amt IX, Nr. 6488.

## Die Stadt Berlin als Arbeitgeberin.\*)

Die Stadt Berlin beschäftigt in ihren eigenen Betrieben — Gas-, Wasser-, Kanalisationswerken, Krankenhäusern, Schlacht- und Viehhof u. s. w. an 12 000 Personen, die nicht die Beamtenqualifikation besitzen und daher zu den Arbeitern in engerem oder weiterem Sinne gerechnet werden müssen. Sie ist die größte Arbeitgeberin von allen Gemeinden Deutschlands. Wohl an 35 bis 40 000 Personen — die Angehörigen mit eingerechnet — essen in Berlin das Brot der Stadt. Städtische Betriebe sollen nun nach der Ansicht kommunaler Sozialpolitiker Lohn- und Dienstverhältnisse für ihre Arbeiter schaffen, die den Privat-Unternehmungen zum Muster dienen können. Von diesem Grundgedanken aber in den städtischen Betrieben Berlins bis vor Kurzem so gut wie nichts zu hören.

Gelegentlich der Gehaltsregelung der Berliner Gemeindefunktionäre beschloß nun das Stadtverordneten-Kollegium im März 1900, einen Ausschuss einzusetzen, der den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der städtischen Arbeiter näher treten sollte. Es war das erste Mal, daß man sich von Seiten dieses Kollegiums mit den allgemeinen Lebensbedingungen der städtischen Arbeiter überhaupt beschäftigte und den Willen zeigte, auch etwas für sie zu thun. Damit ging aber das Berliner Stadtverordneten-Kollegium keineswegs bahnbrechend vor, sondern Dete wie Krausert a. M., Stuttgart, Mainz, rheinische Gemeinden u. A. hatten dier schon bekanntlich schon mehrere Jahre vorher bestritten.

Nachdem die Verhandlungen des eingesetzten Ausschusses über ein Jahr gedauert hatten, wurde dem Stadtverordneten-Kollegium am 13. Juni 1901 eine Vorlage unterbreitet, die die Veranlassung auch einstimmig annahm.\*\*) Trotzdem können aber weder die interessierten städtischen Arbeiter noch der Sozialpolitiker von den gefassten Beschlüssen befriedigt sein. Sollte auch der Magistrat der angenommenen Vorlage seine Zustimmung erteilen, was bisher noch nicht geschehen ist, so werden trotzdem die Berliner städtischen Betriebe noch lange keine Mutterinstitute sein. Es ist eigentlich nur sehr wenig beschloffen, was den städtischen Betrieben eine solche Bezeichnung verleihen könnte. Sonderbar muß es nun berühren, daß namentlich der Magistrat resp. sein Vertreter es war, der den größten Widerstand gegen fast alle beantragten Verbesserungen leistete, dagegen der Ausschuss selber ein größeres Entgegenkommen zeigte. Der Magistrat resp. sein Vertreter förderte bezüglich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse Ansichten zu Tage, die von einer dauerlichen Rücksichtlosigkeit auf sozialpolitischem Gebiete zeugen. In der Magistrat sträubt sich mit aller Energie, selbst in Rahmen einzulenken, die bereits von anderen Orten mit vielen Erfolgen betreten wurden.

Der Ausschuss wünschte zunächst vom Magistrat einen Nachweis über das Alter und die Be-

schäftigungsdauer der städtischen Arbeiter, deren Lohnzahlungen- und Ründigungsfristen, die Arbeitsordnungen u. Der Magistrat überreichte hierauf dem Ausschuss die Arbeitsordnungen einiger städtischer Werke, lehnte es aber ab, nähere Angaben über das Alter und die Beschäftigungsdauer der Arbeiter zu machen, da er einmal „beweise, ob eine derartige Statistik einen Werth habe“ und er andererseits „auf Requisition eines Stadtverordneten-Ausschusses eine solch umfangreiche Arbeit nicht vornehmen könne.“ Diese Ablehnungsgründe sind denn doch etwas sonderbar. Gelehrte, Sozialpolitiker, staatliche und gemeindliche Körperchaften sind in den letzten Jahren bemüht, durch statistische Erhebungen die Lage der Arbeiterklasse genauer festzustellen. Der Magistrat von Berlin beweist dagegen, daß solche Erhebungen einen Werth haben. Da darf er sich dann auch nicht wundern, wenn seine eigenen Arbeiter und Unterangestellten zu der Ansicht gelangen, daß er lediglich Furcht vor den Ergebnissen genauer statistischer Erhebungen gehabt hat da diese besonders erfreuliche Erscheinungen wahrscheinlich nicht gezeigt hätten.\*\*\*)

Bei den Verhandlungen im Ausschuss wurde von einigen Mitgliedern gewünscht, daß eine generelle Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter vorgenommen werden sollte, wie dieses bereits in Frankfurt a. M., Mannheim, Stuttgart, Freiburg i. B. u. c. geschehen sei. Hiergegen wandte sich aber besonders der Magistratsvertreter, indem er wiederholt betonte, daß man nicht Alles schablonenmäßig behandeln könne und es den einzelnen Verwaltungen überlassen bleiben müsse, ihre Bestimmungen zu treffen. Eine generelle Regelung des gesamten Arbeitsvertrages der städtischen Arbeiter ist denn auch abgelehnt worden. Die städtischen Arbeiter Berlins hatten hierauf gerade ihre Haupt Hoffnungen gesetzt; sie nahmen an, daß durch Schaffung allgemeiner Bestimmungen ihre Pflichten und Rechte einmal näher festgelegt werden würden. Das ist, wie bereits betont, leider nicht geschehen. Gegenwärtig haben erst die allerwenigsten Betriebe Arbeitsordnungen und auch diese sind vollkommen ungenügend, indem sie viele wichtige Punkte des Arbeitsvertrages gar nicht behandeln. Die Arbeiter kennen also heute in vielen Betrieben weder ihre Pflichten noch ihre Rechte. Sie müssen den Angaben unterer Aufsichtsorgane blinden Glauben schenken und deren vielleicht vollkommen ungerechtfertigten Anordnungen ohne Weiteres Folge leisten. Gerade aber die unteren Aufsichtsorgane sind am Meisten zu loben, indem sie in Folge ungenügender Bildung, mangelhafter sozialpolitischer Verständnisses u. c. geneigt — nämlich hat sich z. B. selbst der Leiter eines städtischen Betriebes darüber abfällig ausgesprochen, daß ein hochangesehener Beamter, welcher richterliche Funktionen ausübt und mit städtischen

Arbeitern im Vorstände der Betriebskrankenkasse sitzt, diesen beim Abchied die Hand reicht! Wir führen dieses Vorwissen deshalb an, um zu zeigen, welche niedrige Werthschätzung des Arbeiters selbst bei leitenden Beamten aufzuweisen ist. Bestenfalls nun solche Beamten eine beinahe unbegrenzte Machtbefugnis, so muß das zu Liebergriffen, ungerechten Maßnahmen u. s. w. führen. Deshalb wünschen gerade die Arbeiter eine Regelung ihrer Rechte und Pflichten.

Gewiß ist eine generelle Regelung des Arbeitsvertrages für eine Gemeinde von der Größe Berlins mit Schwierigkeiten verknüpft. Man wird die Arbeitszeit, die Lohnhöhe u. c. nicht für alle Betriebe gleich regeln können, aber Bestimmungen, welche die speziellen Verhältnisse berücksichtigen, lassen sich bei einigem guten Willen schon treffen. Der Staat hat ja doch für hunderte von verschiedenen Beamtenkategorien allgemeine Normen geschaffen. Die Stadt Mannheim hat z. B. ihre gesamten Arbeiter betreffs des Lohnes in vier Klassen getheilt. Eine ähnliche Regelung läßt sich auch in Berlin zur Durchführung bringen.

Weiter wurde von Mitgliedern des Ausschusses beantragt, daß die Löhne der städtischen Arbeiter in bestimmten Zwischenräumen steigen, also durch das Dienstalter geregelt werden sollen. Diesen Antrag bezeichnete der Vertreter des Magistrats als unannehmbar, die Arbeiter müßten nach ihren wirklichen Leistungen bezahlt werden, Alterszulagen wären „Prämien auf die Faulheit“. Die Arbeiter sollen nach ihrer wirklichen Tüchtigkeit bezahlt werden! Eine derartige Forderung ist aber auf gerechter Grundlage in größeren Betrieben einfach unmöglich. Wer entscheidet denn darüber, ob ein Arbeiter tüchtig ist oder nicht? Die höheren und mittleren Betriebsbeamten können eine solche Entscheidung aus eigener Anschauung gar nicht fällen, da sie mit den Arbeitern nicht in enge Berührung kommen. Sie müssen es den unteren Aufsichtsorganen überlassen, die Tüchtigkeit oder Unfähigkeit eines Arbeiters festzustellen. Dadurch aber erhalten die unteren Aufsichtsorgane Machtbefugnisse, die ganz naturthwendig zu ungerechten Zuständen führen müssen. Abgesehen von der ungenügenden Bildung vieler unteren Aufsichtsorgane, sind diese auch meist materiell nicht besonders besser gestellt als die Arbeiter. Sie sind also in Folge ihrer Machtbefugnisse leider nur zu leicht direkt und indirekt Beeinflussungsversuchen u. c. ausgelegt. In einigen Berliner städtischen Betrieben werden z. B. von unteren Vorgesetzten besonders polnische Arbeiter begünstigt, die in ihrer Heimath ein kleines Eigenthum besitzen und deren Frau und Kinder zu Hause weilen. Diese Arbeiter glauben sich sehr oft dadurch gegenüber den unteren Vorgesetzten revanchieren zu müssen, indem sie ihnen Lebensmittel ins Haus schicken, wie wiederholt in Versammlungen der Berliner städtischen Arbeiter behauptet wurde.

Wohl über kein Kapitel wird von Seiten der städtischen Arbeiter so viel Beschwerde geführt, als über die ungerechten Machtbefugnisse, welche die unteren Organe besitzen. Solche Zustände führen aber auch zur moralischen Degeneration der Ar-

\*) Der „Sozialen Prolet“ entnommen.

\*\*) Berl. „Soz. Prolet“ Jahrg. I. Sp. 963.

\*\*\*) Wir wollen hierbei erinnern, daß als Leiter der A. B. Stuttgart das Amt, die Verhältnisse seiner Arbeiter zu regeln, auf Veranlassung der dazu eingesetzten Kommission das städtische Amt eingehende statistische Erhebungen veranlaßte. Die Ergebnisse dieser Erhebung wurden 1899 von dem Königlich Württembergischen Statistischen Landesamt als besonders wertvoll herausgegeben.

tschaft!  
tstellung  
beten, sich  
8 1/2 Uhr,  
eipredung  
Damm.  
1A.  
bluß, eine  
den Glas-  
glieder hat  
en werden  
digt nach  
vband.  
N  
eiter und  
ntgliebern,  
pargeleider  
it 3 1/2 Pfg.  
erlin W.,  
r.  
Damm.  
▲▲▲  
g:  
etrieben  
stellen.  
rins und  
haus pt.  
11-1 Uhr,  
erhöhter  
gung von  
rumer, Ver-  
Berhältnisse  
en Sekretär  
▲▲▲  
en August  
en über den  
Vorband.  
ende 8 Uhr.  
ung.  
ent: Bruno  
enes.  
moman.  
Berlin des Reiches u. s. w. für die Jahre in Leipzig und Wien  
Hilowstr. 21.  
Heller 11.



unterzog die Petition, welche die Arbeiter an die Direktion abgehandelt hatten, einer längeren Debatte. Er meinte, er könne uns nur seine vollste Sympathie zu unsern energischen Vorgehen ausdrücken. Mit der geordneten 8 Stunden-Schicht sei er jedoch nicht einverstanden, er glaube auch nicht, daß wir beim Gas-Ausschusse viel Glück damit haben würden. Die Einführung der Achtstundenschicht erklärte er für einen politischen Akt, wahrscheinlich deshalb, weil die Sozialdemokraten für den Achtstundentag agitirten. Weiter führte er aus, daß die Einführung der Achtstundenschicht wohl möglich, seiner Ansicht nach jedoch nicht nöthig sei, weil genügend Pausen in der jetzigen Arbeitszeit vorlämen, daß es also der Einführung gar nicht bedürfte. Um die 24 Stunden-Schicht abzuschaffen sei vor allen Dingen eine Reservekolonne nöthig. Dieselbe zu schaffen, sei nicht leicht, da seine eingerichteten Leute vorhanden wären, und wenn einige sein sollten, diese doch nicht zulangen würden. — Wir machen dem Herrn Direktor hierzu den Vorschlag, von den Arbeitslosen Leute einzustellen, dann würde die Sache mit einigem guten Willen wohl durchzuführen sein.

Von Seiten der Arbeiter wurde erwidert, daß es wohl möglich wäre, bei uns, wie in anderen Gewerken das 8 Schichten-System mit 12 Stunden Arbeitszeit einzuführen. Es sei das folgenbermahen gedacht: Die ständigen Polarbeiter müßten ganz wegfallen und drei Schichten ausgebildeter Betriebsleute eingeführt werden. Jede Kolonne würde dann die 8. Woche Polararbeit auszuführen haben. Dadurch hätte dann jeder Arbeiter in drei Wochen einen freien Tag zu 24 Stunden und einen zu 36 Stunden. Der Herr Direktor will diesen Vorschlag prüfen.

Mit der Einführung des Arbeiter-Ausschusses erklärte er sich voll und ganz einverstanden. Nur meinte er, daß die Arbeiten desselben zugleich von den Mitgliedern des Krankenkassen-Ausschusses zu verwalten seien. Dem gegenüber mußten wir erklären, daß wir uns diesen Ansichten nicht anschließen können, wegen der schon oben angeführten Gründe. In dem zu bildenden Arbeiter-Ausschusse soll freies, frohliches Leben entstehen und Sammeligkeit und Harmonie daselbst darf keinen Platz darin finden.

Streffs der Wohnaufbesserung meinte der Herr Direktor bedächtig, daß unsere Forderung berechtigt sei und er dieselbe thätigst unterstützen werde.

Bzüglich des hier herrschenden Prozent-Systems wurde von Arbeitern der Antrag II noch betont, daß das gezielte Ziel viel zu hoch wäre. Mit dem Oesen neuerer Konstitution könne nicht das gezielte werden, was verlangt wird. Das Ziel sei bei den älteren Oesen nicht so hoch gestellt als bei den neueren. Der Herr Direktor entgegnete hierauf, daß nur dann eine Veränderung eintreten könne, wenn die älteren Oesen von der Bildfläche verschwinden und an ihre Stelle neue kämen.

Um Verhören stellte der Herr Direktor sich auf unsern Standpunkt, indem er erklärte, daß das Prozentsystem ein Afford sei, welches er ganz und gar verwerflich finde. Er sagte des Weiteren, die Prozente wären nur einzuführen worden, damit die Arbeiter ein größeres Interesse an ihrer Arbeit haben sollten.

Von Arbeiterseite wurde hierzu bemerkt, daß sich die einzelnen Schichten vielfach gegenseitig distanziren; die eine Schicht will an Projekten immer mehr verdienen als die andere. Sogar unter den Vorgesetzten seien dierhalb schon verschiedentlich Streitigkeiten vorgekommen. Dem Herr Direktor wurde anempfohlen, nach Kräften dahin zu wirken, daß das Prozentsystem abgeschafft würde und man den Arbeitern dann einen entsprechenden Lohn zahlen soll.

Es wurde dann noch über die Behandlung der Arbeiter seitens der Vorgesetzten gesprochen. Der Herr Direktor meinte hierzu, soweit es in seinen Kräften liegt, werde er für eine humane Behandlung der Arbeiter Sorge tragen und gegebenen Falls dafür eintreten, daß Verdrieß gegen die Arbeiter nicht wieder vorkäme. Wir dankten dem Herr Direktor bedächtig für diese lobenswerthe Absicht und werden uns, wenn nöthig, vertrauensvoll an ihn wenden.

Das Weiteren vertrat er, daß bei der Berliner Gaswerken über die dortigen Verhältnisse Erkundigungen eingehen zu wollen.

Mit diesem Allen können die diesigen Gasarbeiter erleben, was sie in nächster Zeit zu thun haben. Wir wird Sache eines jeden sein, sich zu organisiren, um dadurch können sie ihren Wünschen mehr Nachdruck verleihen. So wie jetzt darf es auf keinen Fall weiter gehen. Die persönlichen Streitigkeiten müssen aufhören und dürfen nicht mehr vorkommen. Nur dann kann etwas erreicht werden. Ihr Ehemaliger Gasanwalter Arbeiter habe es ja gehört, der Herr Direktor bedächtig erkennen unsere Organisation an, er sagte: ein Jeder müßte sich seiner Paut wehren. Darum, Gasarbeiter, aufrecht und ohne Curie Verträge, gilt gilt es daneben.

**Hierbei.** In der Mittagsverammlung vom 10. Dezember v. J. referirte zunächst Herr Dr. Silberstein über „Die Wohnungsnoth“. Seine Ausführungen wurden sehr beifällig aufgenommen. Dann erörterte man die neue Statuten-Vorlage. Die Versammelten kamen zu dem Resultat, daß sie weder eine Arbeitslosen-Kolonne, noch eine innerhalb des Verbandes für notwendig befinden.

### Aus den Gemeinden.

Von dem Personal der Berliner Sanittationswerke der Pumpstationen I und II wurden lebhaft Klagen darüber geäußert, daß der Lohn zu den Feiertagen so ungenügend eingetheilt worden sei. Mit der Station I sei es Noth, daß der Dienst erst am Sonntag Abend ausgebehalten werde, und zwar durch den dortigen Maschinenmeister, bei dem sich das Personal demnach zu erkundigen habe. Würde es nicht von einmüthig humanen

Regeln entzogen, den meist verheiratheten Arbeitern im Interesse ihrer Familie und ihres Selbstweils von der Art und Dauer ihres Dienstes zum mindesten einige Tage vorher mitzutheilen? Oder erlaubt dies die dreimal heilige „göttliche Vorsehung“ nicht? Ebenso ähnlich liegt es auf Station 6. Eine gerechte Eintheilung des Arbeitspensiums der dortigen Arbeiter scheint nicht möglich zu sein. So haben z. B. am letzten Vultag einige Arbeiter 6, andere 5 1/2, wieder andere bloß zwei Stunden Dienst. Wo soll da die Schärferneubigkeit herkommen, wenn schon in einem städtischen Betriebe, der doch ein „Musterbetrieb“ sein soll, derartige Ungleichheiten zur Tagesordnung stehen. Die dort beschäftigten Arbeiter eröffnen für die Folge eine Forderung dieses unbilligen Zustandes.

**Dresden.** Die Arbeitslosigkeit veranlaßt das diesige Tiefbauamt zu sonderbaren Maßnahmen. Schon vor mehreren Wochen mußten wir berichten, daß die unversicherten Arbeiter entlassen werden und die Arbeitszeit auf sieben Stunden herabgesetzt worden sei. Aber auch diese 7 stündige Arbeitszeit findet das Tiefbauamt zu lange. In der dritten Inspektion sollten die Arbeiter abwechselnd 14 Tage ausgen und wurden am 29. Dezember gegen 60 Arbeiter entlassen.

Dabei brachte man ganz außerordentliche Maßnahmen in Anwendung. Morgen 11 Uhr Vormittags erhielten ein Gensdarm auf dem Arbeitsplatz, welcher gegen 11 Uhr von einem anderen abgelöst wurde, gegen 3 Uhr Nachmittags rief auch dieser den Gensdarm den Platz. Was man für ein Zwies damit verfolgte, wissen die Arbeiter nicht. Auffallend war, daß alle Arbeiter den Raum, in welchem der Lohn ausgegibt wurde, verlassen mußten, früher konnten sie bei der Lohnauszahlung in demselben bleiben. Diesmal dagegen mußte jeder einzelne hinein, um seinen Lohn in Empfang zu nehmen, dabei war es am 29. Dezember empfindlich kalt.

Die organisirten städtischen Arbeiter brauchten nun ihren Vertrauensmann, den Herrn Oberbürgermeister um Zurücknahme der Entlassungen und um Bestätigung der Veranlassung zu den polizeilichen Maßnahmen zu ersuchen. Jedoch Antwort ist auf die Eingabe bisher nicht erfolgt. Jedoch wurden die entlassenen Arbeiter bereits wieder eingestellt, soweit sie Dresdener Einwohner und verheirathet sind.

In der ersten Tiefbauinspektion ist jedoch die Arbeitszeit in der Weise vergrößert worden, daß die Arbeiter einen Tag um den anderen 7 Stunden arbeiten. Der Vertrauensmann hat deshalb eine zweite Eingabe an den Herrn Oberbürgermeister überreicht, in welcher dargelegt wird, daß die Arbeiter bei den gegenwärtigen Löhnen und solcher Arbeitszeit nicht leben können. Auch wurde nochmals um Aufhebung der polizeilichen Maßnahmen vom 29. Dezember gebeten. Es sind schon wiederholt Eingaben an die städtischen Behörden gerichtet worden, ohne daß eine Antwort darauf erfolgt ist; auch dies ist dem Herrn Oberbürgermeister in der letzten Eingabe unterbreitet worden.

Daß die Organisation verlassenen Leuten schwer im Magen liegt, dieses beweisen die kommen Wünsche, daß die Organisation hier in Dresden bald zusammenbrechen möchte. Erst vor Kurzem hat der Polier Schlich zu einem Arbeiter gesagt: Eine Antwort auf die Eingabe der Organisation erfolgt nicht, sie wanderten alle in den Papierkorb, der Verband würde sich in nächster Zeit in Wohlgefallen auflösen. Diese Behauptung ist zugleich von mehreren Seiten aufgestellt worden, ob sie besteht ist, wissen wir nicht. Ferner wurde bekannt, daß zwischen den Polieren und Aufsehern schwarze Listen geführt werden. Arbeiter, welche sich bei dem Polier gegenwärtig unliebsam gemacht haben, werden oft mit anderen verwechselt. Dabei wird eine Liste mit Namn der zu verlassenden Arbeiter aufgestellt und die Willkürigen mit einem Schriftchen versehen, welches nur die Poliere und Aufseher v. rnehmen. Ein so verheerender Arbeiter wird, wenn möglich, auf der neuen Arbeitsstelle garnicht angenommen, oder besonders schärft beobachtet, um ihn so bald wie möglich etwas am Zeuge zu tun können, or muß ein solcher Arbeiter seinen Urlaubbrief sogar noch selbst überbringen.

**Breslau.** Am Dienstagmorgen legten ungefähr 40 der auf der städtischen Gasanital, St. Dönlischstraße, beschäftigten Dienstarbeiter die Arbeit nieder. Anlaß dazu war die ihnen wohl verprochene, aber noch nicht geleistete Vergütung für die gelegentlich des Brandes in der städtischen Anstalt erforderlichen Liebräumen und Bezahlung der stets vorkommenden Notharbeit. Von Zeit zu Zeit kommt es vor, daß die Leute einen Dien mehr als bis bedürfen müssen, ohne Bezahlung dafür zu erhalten. Auf ihr Ersuchen an den Inspektor des Werkes, entweder diese Arbeit durch andere Arbeiter vollführen zu lassen oder ihnen eine Vergütung zu gewähren, weigerte sich derselbe und verlangte die bedingungslose Fortsetzung der Arbeit. Durch Vermittlung des Gewerkschaftsstellens wurde Nachmittags 4 Uhr die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem der Inspektor die Zulage gegeben hatte, innerhalb 14 Tagen die Angelegenheit zur Zufriedenheit der Arbeiter zu regeln und andere bei der Gelegenheit vorgebrachte Mängel abzumitteln. Hoffentlich nimmt die Direktion des Werkes aus diesem Vorgange die allzu thätige Lehre und unterzieht schließlich die Arbeiterverhältnisse einer durchgreifenden Revidirung. Da die städtischen Betriebe vordrilllich sein sollen sind in Anbetracht der schwierigen künftigen Arbeit die Löhne entschieden zu niedrig, die Arbeitszeit ist unbillig zu regeln, durchaus notwendige Notharbeit ist unbillig zu bezahlen, das Strafthem in weniger drastisch zu gestalten, und ein aus der freien Wahl der Beamten einen aus Arbeitern bestehender Ausschuss zu errichten. Aber nicht die sozialpolitischen Kenntnisse zu demerkenden und derartige Vorkommnisse unbillig zu machen.

**Kommunale Sozialpolitik des Stettiner Magistrats.** Von der städtischen Selbstverwaltung sind

100 Bodenarbeiter wegen Mangel an Arbeit gekündigt worden. Unter den Gefährdeten befinden sich 53 Familienväter. Die Gefährdeten werden natürlich schwer von der Entlassung betroffen. Da der Stettiner Magistrat keineswegs seinen Arbeitern auskömmliche Löhne zahlt, so sind die Gefährdeten auch nicht in der Lage gewesen, irgend welche größere Ersparnisse zu machen und bei der gegenwärtigen großen Arbeitslosigkeit ist garnicht daran zu denken, daß dieselben vorläufig anderwärts Beschäftigung finden. — Durch den gegenwärtigen wirtschaftlichen Niedergang hätte der Stettiner Magistrat die Verpflichtung, seine Arbeiterzahl möglichst zu vergrößern, er aber macht das gerade Gegenteil und wirft noch von den bei ihm Beschäftigten einen großen Prozentsatz auf das Pflaster. Das zeigt von dem Fehlen jedes sozialpolitischen Verständnisses. — Die interessirten Arbeiter haben daher mit Hilfe unserer Organisation eine Eingabe an den Magistrat und das Stadtverordneten-Kollegium gerichtet, in der sie um Zurücknahme der erfolgten Kündigungen bitten.

**Wien.** Die seit Kurzem unter den städtischen Gasbediensteten Wiens bestehende Bewegung hat bereits ein Opfer gefordert. Der Obmann des Fachvereins der städtischen Beleuchtungsbediensteten, Franz Milde, wurde kürzlich aus den Diensten des städtischen Gaswerkes entlassen. Die Gründe dieser Entlassung werden nicht näher angegeben, liegen aber sicherlich in der Thätigkeit, die der Genannte während der letzten Zeit für seine Kollegen entfaltet hat. Wie wir bereits berichtet haben, wurde nämlich den städtischen Gasbediensteten vor etwa zwei Wochen in einem Erlaße des Verwaltungsdirektors Dr. Rosner bekanntgegeben, daß jeder Arbeiter, der länger als vier Wochen krank ist, als entlassen zu betrachten sei und daß er sich um seine Wiederaufnahme im Werke neuerdings, und zwar auf Grund einer ärztlichen Untersuchung, zu bewerben habe. Durch diesen Erlaß fühlten sich die Bediensteten des Gaswerkes schwer beeinträchtigt, zumal die Lohnherabsetzungen von vier zu vier Jahren erfolgen und überdies eine Altersversorgung besteht, in deren Genuß ein Arbeiter erst nach mindestens zehnjähriger Wartezeit gelangt. Selbst im Falle der Wiederaufnahme im Werke verlieren die Arbeiter die vorerwähnten Vergütungen, wenn sie das Unglück trifft, länger als vier Wochen krank zu sein.

Eine massenhaft bedachte Protest-Versammlung der Gasbeleuchtungsbediensteten legte sich begreiflicher Weise gegen den Erlaß lebhaft zu Wehre und eine vor einigen Tagen abgehaltene Vertrauensmannerversammlung sagte überdies den Beschluß, die Zurücknahme des Erlasses binnen vierzehn Tagen zu fordern. In der Protestversammlung, in der sich die erschienenen Gasbediensteten ausdrücklich als christlich soziale Arbeiter bezeichneten, waren auch die Gemeinderäte Blochlamel und Urban erschienen, die für die Bediensteten energisch Partei ergriffen und ausgedrückt erklärten, sich für sie im Gemeinderathe auch Wärme einsetzen zu wollen. Der Obmann des Fachvereins, Herr Milde hat nach den damals veröffentlichten Berichten in maßvoller Weise die Interessen seiner Kollegen vertreten. Dennoch wurde über ihn die Strafe der Entlassung verhängt. Vorgelesen überreichten nämlich die Bediensteten des städtischen Gaswerkes unter der Führung der Herren Milde und Janda dem Bürgermeister Dr. Queger die Forderungen der Arbeiter, und einige Stunden später lag Herr Milde auf dem Pflaster.

Hoffentlich läßt sich unsere junge Wiener Brudervereinigung nicht durch das brutale Vorgehen der christlichen (1.) - Selbstverwaltung abschrecken.

Halten die dortigen Kollegen auch zukünftig fest und treu zusammen, so werden sie schließlich zu einer Nacht anwohnen, die auch von der „christlichen“ Wiener Selbstverwaltung respektirt werden muß. Jede junge Bewegung fordert ihre Opfer; rufe sie aber auf berechtigter Grundlage, so erzwingt sie sich im Laufe der Zeiten die obige Anerkennung und führt ihre Idee zum Siege.

### Litterarisches.

#### Meiners Bibliothek der ausländischen Klassiker.

So viele Litteraturen man kennt, so viele Völker kennt man. Der gebaltvolle Anspruch Karls V. wird in unüberwindlichem Werth vortheilhaft. Nicht reiner und erkennbarer tritt uns das Geistes- und Kulturleben der Völker entgegen, als in den Werken ihrer Litteratur. Irigens bietet sich uns ein besserer Maßstab für die Beurtheilung des inneren Charakters, der Gemüthsstiefe und des Geistesfluges der Nationen als in ihren Schriften. Diese studiren heißt aus dem Born der Weltweisheit schöpfen. Die berühmtesten Leistungen der außerdeutschen Schriftsteller finden sich in musterghliger Uebersetzung vereinigt in Meiners Bibliothek der ausländischen Klassiker (Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien). Hier sind die Engländer und Skandinavier, die Franzosen, Italiener und Spanier, die Autoren des klassischen Alterthums und des Orients in wohlüberlegter Auswahl versammelt. Die nicht in Form und Bestand des Originals hergestellten Uebersetzungen führen von hochangesehenen Autoren her, deren Namen allein für die Trefflichkeit der Ausführung bürgen; wir nennen nur: Adolf Strodtmann, Franz Hartig, Wilhelm Herberg, Heinrich Beschoff, Franz Dingeldey, Wilhelm Jordan, Karl Senf, Robert Fingering, Edmund Lohndanz, Robert Feug, Levin Schücking u. a. Dabei sind drei, ähnlich wie die Meiners Ausgabe der deutschen Klassiker, wirklich unübertrefflich sprachlich, ästhetisch gelungen, durch die der Leser auf das Beste in den Geist des betreffenden Schriftstellers eingeführt und über dessen Lebensverhältnisse belehrt wird. Auf eine wichtige Anwartschaft für Werke ist vorläufig Bedacht genommen worden; der Preis ist so wohlthätig, daß auch den Unbemittelten gute Gelegenheiten geboten ist, sich des Angenes der wichtigsten Schätze der Litteratur zu erfreuen. — Anmerkliche Erwähnung kann nicht unterlassen werden durch jede Buchhandlung oder auch von der Verlagsanstalt direkt bezogen werden.

**Billige und gute Romanliteratur für die Massen** — das ist der Zweck, den die von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebene illustrierte Roman-Bibliothek **Im Freien Stunden** in Wochenheften zu 10 Pf. erfüllen soll. Sechs Jahrgänge liegen vor, die das Urtheil verdienen, daß sie im Allgemeinen ihre Aufgabe erfüllt hat. Vielleicht waren da und dort die Ansprüche an die Leser sogar etwas zu hoch. Im neuen Jahrgang 1902, dessen erstes Heft eben vorliegt, dürfte der Verlag mit den angeführten Romanen: **Der Bastard** von Spindler, dem Verfasser des berühmten Romans „Der Jude“. **Im Panne** der Dämonen von Gorki, dem neuen Stern am russischen Literaturhimmel, und **Ein Seemann** von Post, dem sinnigen, gemüthvollen Erzähler, eine gute Auswahl getroffen haben. Spannende Schilderungen auf historischem Untergrunde, lebenswahre Bilder aus dem Dasein der Armen und Elenden und gemüthvolle, das Herz packende Erzählungen — wir können dem Arbeiter für seine Frau und Kinder diese Jeopardien-Hefte, die zudem von Stoffen, dem Bekannten, sogar jähzt von der Voltheit durch Konfiskation seiner den Lex Heinze-Männern gefährlichen Bilder ausgezeichneten Räthsel mit prächtigen Zeichnungen geschmückt sind, bestens empfehlen. Beiliegend nehmen alle Parteilosporture entgegen. Im Heftchen bringen wir eine Skizze über beide Dichter, deren Werke in den „Freien Stunden“ zum Abdruck gelangen.

**Gedichte für das Volk** von Karl Gensel sind von der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW, soeben in billiger Ausgabe mit Illustrationen von Jänsch ausgegeben worden. Die Arbeiter, welche die Eingelagerten der händelichen Dichtungen ihres Preises wegen nicht kaufen können, erhalten hier seine besten lyrischen und lyrischen Gedichte in dem Dichter selbst bestimmter Auswahl zu billiger Preise. (30 Pf. für das 78 Seiten starke Bändchen.) Wir empfehlen dies Heft jedem Arbeiter, besonders aber zu Defamationen an Arbeiterseifen u. dgl.

Von dem **Sozialdemokratischen Reichstags-Bandbuch** von Max Schuppel, das die Buchhandlung Vorwärts in Berlin in Wochenheften zu 20 Pf. herausgibt, liegen jetzt 10 Hefte vor. Zu den letzten Hefen wird nach den Bergarbeiten die Materie der Berufstätigkeit, des Bimetallismus, des Arbeiterkampfes in der Rheinlande, der Brantweinsteuer und besonders der Buchdrucke u. s. bearbeitet. Wir empfehlen unseren Lesern dringend, dieses Verbrüder der politischen und gewerkschaftlichen Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse.

**Parvus: Die Handelsrisiko und die Gewerkschaften** nebst Anhang: **Geleitwort** zum achtzigjährigen Normalarbeitstag. 4 Bogen 8°. Preis 30 Pf. (Verlag W. G. in München.)

Ohnehin wir nicht allen Ausführungen von Parvus zustimmen können, ist das vorliegende Schriftchen doch sehr interessant. Das Schriftchen der heutigen Kritik wird allgemein verständlich in demselben dargestellt und hieraus Schlussfolgerungen für die Zukunft und die Kampfesstellung der Gewerkschaften gezogen. Deshalb ist die Anschaffung des Schriftchens für alle im Kampfe stehenden Arbeiter bestens zu empfehlen.

**Abrechnung des Verbands-Vorstandes**  
für das 3. Quartal 1901.  
Einnahme

Bestand vom 2. Quartal 1901	6814,58 Mfr.
Mitgliedsbeiträge und Eintrittsgelder	4341,50
<b>Summa</b>	<b>11156,08 Mfr.</b>
<b>Ausgabe:</b>	
Die Gewerkschaft & Conto	1350,—
Agitation	653,80
Gebühren	704,98
Porto	177,81
Druckkosten	129,25
Bureaukosten	87,50
Bureau-Unterstützung	84,60
Konferenzen und Sitzungsgelder	85,40
Literatur	10,90
Rechtschutz	3,15
Gemeingerechten-Unterstützung	346,50
Streit-Unterstützung an die Glasarbeiter	100,—
Beitrag an die General-Kommission für das 3. Quartal 1901	114,03
Diversa	21,92
<b>Summa</b>	<b>3897,74 Mfr.</b>
<b>Abschluß:</b>	
Einnahme	11156,08 Mfr.
Ausgabe	3897,74
<b>Bestand</b>	<b>7358,34 Mfr.</b>

P. Posselt, Verbandskassier.  
Revidirt und richtig befunden.  
Berlin, den 15. Dezember 1901.  
P. Schulz. H. Ledmann.

**Zusammenstellung**  
über die Gesamt-Einnahme u. -Ausgabe des Verbandes im 3. Quartal 1901.  
Einnahme

Einnahme der Filialen	15201,92 Mfr.
Einnahme des Verbands-Vorstandes	6814,58
<b>Summa</b>	<b>22016,50 Mfr.</b>
<b>Ausgabe:</b>	
Ausgabe der Filialen	4065,63 Mfr.
Ausgabe des Verbands-Vorstandes	3897,74
<b>Summa</b>	<b>7963,37 Mfr.</b>
<b>Abschluß:</b>	
Gesamt-Einnahme	22016,50 Mfr.
Gesamt-Ausgabe	7963,37
Bleibt ein Vermögen von	14053,13 Mfr.
Davon in den Filialen	6794,79
Davon hat der Verbands-Vorstand	7358,34

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Voersch, Berlin W., Bülowstr. 21. Druck von Mauer & Bismick, N. Vossien-Ullrich 11

**Versammlungs-Anzeiger.**

Filialen, die ihre Versammlungen regelmäßig an bestimmten Tagen abhalten können werden unter dieser Rubrik bekannt gegeben. — Änderungen können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden.

**Berlin I.** (Anhalt-Werkschlag). Donnerstag, den 30. Januar.

**Berlin II.** (Anhalt-Panitzsch-Erwerb). Dienstag, den 4. Februar.

**Berlin III.** (Anhalt-Panitzsch-Erwerb). Dienstag, den 4. Februar.

**Berlin IV.** (Anhalt-Panitzsch-Erwerb). Dienstag, den 4. Februar.

**Berlin V.** (Anhalt-Panitzsch-Erwerb). Dienstag, den 4. Februar.

**Berlin VI.** (Anhalt-Panitzsch-Erwerb). Dienstag, den 4. Februar.

**Berlin VII.** (Anhalt-Panitzsch-Erwerb). Dienstag, den 4. Februar.

**Berlin VIII.** (Anhalt-Panitzsch-Erwerb). Dienstag, den 4. Februar.

**Berlin IX.** (Anhalt-Panitzsch-Erwerb). Dienstag, den 4. Februar.

**Berlin X.** (Anhalt-Panitzsch-Erwerb). Dienstag, den 4. Februar.

**Berlin XI.** (Anhalt-Panitzsch-Erwerb). Dienstag, den 4. Februar.

**Berlin XII.** (Anhalt-Panitzsch-Erwerb). Dienstag, den 4. Februar.

**Berlin XIII.** (Anhalt-Panitzsch-Erwerb). Dienstag, den 4. Februar.

**Berlin XIV.** (Anhalt-Panitzsch-Erwerb). Dienstag, den 4. Februar.

**Berlin XV.** (Anhalt-Panitzsch-Erwerb). Dienstag, den 4. Februar.

**Berlin XVI.** (Anhalt-Panitzsch-Erwerb). Dienstag, den 4. Februar.

**Berlin XVII.** (Anhalt-Panitzsch-Erwerb). Dienstag, den 4. Februar.

**Berlin XVIII.** (Anhalt-Panitzsch-Erwerb). Dienstag, den 4. Februar.

**Berlin XIX.** (Anhalt-Panitzsch-Erwerb). Dienstag, den 4. Februar.

**Berlin XX.** (Anhalt-Panitzsch-Erwerb). Dienstag, den 4. Februar.

**Filiale VI., Berlin, (Laternenwärter).**

Am **Sonntag**, den 1. Februar 1902, Abends 8 Uhr, findet im **Gewerkschaftshaus**, im großen Saal, ein

**Großer Wiener-Maskenball**

statt. Hierzu sind auch die anderen Filialen gütlich eingeladen.

**Das Komitee.**

**Zur gefl. Beachtung!**

Die verebte Filial-Vorstände und Verbandskollegen, welche noch im Besitz der **Nummer 2, 5. Jahrgang**, der „Gewerkschaft“ sind, ersuchen wir höflich um gefl. Ueberlieferung dieser Nummer, da uns dieselbe gänzlich ausgegangen ist.

**Dr. Voersch.**

**Filiale Niddorf.**

**Dienstag**, den 11. Februar 1902, Abends 8 Uhr

**General-Versammlung**

Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom 4. Quartal und Jahresbericht.  
2. Diskussion. 3. Wahl des Vorstandes.

**Der Vorstand.**

**Filiale Friedrichshagen.**

Unserem Verbands- und Arbeitskollegen **Gotthilf Schümer** zu seiner am 30. v. Mis. stattgefundenen silbernen Hochzeit nachträglich die

**herzlichsten Glückwünsche.**

**Der Vorstand.**

**Überall**

suchen wir thätige Parteigenossen, die in den Gewerkschafts- und Volksvereinigungen des Einzelverkauf des bekannten humoristisch-satirischen Arbeiterblattes

**Süddeutscher Postillon**

übernehmen können. **Günstige Bedingungen.** Weitere Auskunft ertheilt auf gefl. Anfrage **W. Ernst, Verlag, München, Senefelderstr. 4.**

**Filiale Berlin III.**

Am 12. Januar starb nach langem schweren Leiden unser altes Mitglied, Kollege

**Heinrich Stoldt.**

Ehre seinem Andenken.  
**Der Vorstand.**

**Filiale Berlin II (Kanalisation).**

**Nachruf!**  
Den Kollegen die traurige Nachricht, daß unser Kollege

**Wilhelm Kramer**

am 2. Januar entschlafen ist.  
Ehre seinem Andenken!  
**Der Vorstand.**

**Danksagung.**

Allen Kollegen mei. es verstorbenen Mannes, die so zahlreich sich an der Beerdigung desselben betheiligt haben, sage ich hierdurch meinen besten Dank.  
Berlin.  
**W. Stoldt nebst Kinder.**

Den Mitgliedern der vereinigten Berliner Filialen zur gefl. Kenntlichnahme, daß im Monat Februar (jedenfalls am 12.), im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine

**Protest-Versammlung**

gegen das **Zollwucher-Gesetz** sämtlicher städtischen Arbeiter stattfindet.

Da zu dieser überaus wichtigen Versammlung die städtischen Körperschaften geladen werden sollen, ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, nicht nur zu erscheinen, sondern seine Kollegen mitzubringen, um durch das Erscheinen zu dokumentieren, daß wir alle gewillt sind, bei etwaiger Annahme des Zollwucher-Gesetzes, eine Erhöhung unserer Löhne zu fordern.

Der Ausschuss der vereinigten Berliner Filialen.  
**J. A. D. Schubert.**

**Achtung!**  
**Filiale Berlin II. (Kanalisation).**

Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unsere Versammlung am 8. Februar des Maskenballs wegen ausfällt.  
**Der Vorstand.**

**Achtung!**  
**Achtung!**

**Verband aller in Gemeindebetrieben beschäft. Arbeiter und**

**Unterangestellten.**

— **Ortsverwaltung Berlin.** —  
Das Sekretariat der vereinigten Filialen Berlins und Umgebung befindet sich

**W. 57, Bülowstr. 21, Gartenhaus pt.**

Telephon: Amt IX, Nr. 6444.  
Sprechstunden: **Wochentäglich** Vormittags 11—1 Uhr, **Mittwoch** Abends 6—9 Uhr.

Auskunft in allen Fragen des Arbeiterverhältnisses und der Arbeiterversicherung sowie Aufstellung von Schriftstücken jeder Art für Gesuche, Anträge, Petitionen u. s. für unsere Verbandsmitglieder.

Schriften, welche sich auf die örtlichen Verhältnisse Berlins und Umgebung beziehen, sind an den Sekretär des Bureaus, **Gerh. Schubert**, zu richten.

\*\*\*\*\*